Stadt Zürich
Gemeinderat

Stadt Zürich
Gemeinderat
Parlamentsdienste
Stadthausquai 17
Postfach, 8022 Zürich

T +41 44 412 31 10
gemeinderat@zuerich.ch
gemeinderat-zuerich.ch

Auszug aus dem substanziellen Protokoll
16. Ratssitzung vom 23. September 2026

706. 2026/214
Postulat von Tom Cassee (SP), Severin Meier (SP) und Lara Can (SP) vom 06.05.2026:
Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH), Anpassung des Anlagereglements zur Vermeidung von Investitionen in Rüstungsunternehmen, deren Kriegsmaterial im Kontext schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wird

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Tom Cassee (SP) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 37/2026): Die Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) investiert in Aktien der Elbit Systems Ltd. (Elbit), den grössten Rüstungskonzern Israels und wichtigsten Waffenlieferant der israelischen Armee. Die schweren Kriegsverbrechen der israelischen Armee sind uns allen bekannt. Wir sind überzeugt, dass die Stadt Zürich die Augen nicht länger vor diesen Menschenrechtsverletzungen verschliessen darf. Wir wollen deshalb, dass der Stadtrat seinen Einfluss bei der PKZH geltend macht. Das Anlagereglement soll so angepasst werden, dass künftig nicht mehr in Firmen investiert wird, die Kriegsmaterial für Kriege mit schwersten Menschenrechtsverletzungen produzieren. Somit gelten für Elbit Systems künftig dieselben Kriterien, wie sie bereits bei über 300 Firmen auf der Ausschlussliste der PKZH gelten. Diese Liste schliesst Firmen aus, die gegen UNO-Sanktionen verstossen, geächtete Waffen produzieren oder ein schweres Menschenrechtsrisiko darstellen. Bei Elbit Systems greifen diese Kriterien bislang nicht, obwohl die israelische Armee – und selbstverständlich auch die Hamas – auf der Liste des UNO-Generalsekretärs für schwerste Kriegsverbrechen, wie die Tötung und Verstümmelung von Kindern, Angriffe auf Schulen und Spitäler und sexualisierte Gewalt im Krieg, steht. Gegen die israelische Führung liegen Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs vor, dem die Schweiz als Vertragsstaat angehört. Der Internationale Gerichtshof ebenso wie die UNO-Untersuchungskommission, Amnesty International, Human Rights Watch und Physicians for Human Rights gehen von einem Genozid in Israel aus. Wenn die Ausschlussliste bei dieser Faktenlage nicht greift, dann liegt das Problem bei den Kriterien nicht den Fakten. Doch wie kommt es zu dieser Lücke? Hier liegt der Kern des Problems: Die PKZH erstellt ihre Ausschlussliste nicht selbst, sondern stützt sich auf die Firma Sustainalytics, die Ende des Jahres 2024 wegen politischen Drucks in den USA und Vorwürfen einer anti-israelischen Haltung entschieden hat, keine Menschenrechtsanalysen mehr zu Firmen mit Bezug zum Nahostkonflikt zu erstellen. Die PKZH bestätigt das. Damit ist unsere Pensionskasse für*

diese Region blind – nicht, weil sie das so entschieden hat, sondern weil ihr Datenlieferant nicht mehr dorthin schaut. Eigentlich macht die PKZH bei den ESG-Risiken (Environmental, Social, Governance) eine gute Arbeit. Aber etwas geht nicht: Unsere städtischen Vorsorgegelder dürfen nicht davon abhängen, welchen politischen Druck die Regierung Trump auf Firmen ausübt. Dass es anders geht, zeigt der norwegische, weltweit grösste Staatsfonds, der Elbit unter anderem wegen Überwachungstechnologien im besetzten Westjordanland ausgeschlossen hat. Die norwegische Pensionskasse KLP schliesst auch die Zulieferer von Elbit aus. Schwedische Fonds sind ebenfalls bereits ausgestiegen. Es geht um Anlagen von 1,4 Millionen Franken bei einem Gesamtvermögen der Pensionskasse von 23 Milliarden Franken. Ein Ausstieg hätte also keine Auswirkung auf unsere Renten. Der Kurs von Elbit hat sich seit dem 7. Oktober 2023 mehr als verdreifacht; allein im letzten Jahr hat die Pensionskasse damit 400 000 Franken Gewinn gemacht. Nun müssen wir uns fragen, woran wir da eigentlich mitverdienen. Der Stadtrat sitzt über die Arbeitgebervertretung im zuständigen Stiftungsrat und kann handeln, um die Ausschlusskriterien so zu ergänzen, dass sie auch bei Firmen wie Elbit greifen.

***Simon Hatt (FDP)** begründet den von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) namens der FDP-Fraktion am 20. Mai 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Es geht heute nicht darum, Menschenrechtsverletzungen zu relativieren, sondern um die Grundsatzfrage, welche Aufgabe die Pensionskasse und welche der Zürcher Gemeinderat hat. Wir werden die Konflikte dieser Welt nicht in unserem Rat lösen und müssen sie auch nicht über die Anlagepolitik der PKZH austragen. Das Postulat verlangt, dass der Stadtrat seinen Einfluss auf die PKZH nutzt, um Investitionen in bestimmte Unternehmen, hier explizit Elbit Systems, auszuschliessen. Aus unserer Sicht ist das der falsche Weg. Das oberste Ziel der Vermögensanlage ist die Erfüllung des Vorsorgezwecks im Interesse der Versicherten mit einer breit diversifizierten Anlage – wie es auch das Bundesrecht mit Sicherheit, Ertrag und angemessener Risikoverteilung verlangt. Eine Anlagestrategie muss gesamthaft, langfristig und unter Berücksichtigung von Risiko und Renditen festgelegt werden. Sie darf darum nicht anhand einzelner Unternehmen oder politischer Konflikte beurteilt werden, sonst wird sie zum Spielball wechselnder politischer Mehrheiten. Das heisst nicht, dass ethische und nachhaltige Kriterien keine Rolle spielen sollen. Die geltenden Regeln orientieren sich an global akzeptierten Normen und schliessen bereits sehr viele Firmen aus international geächteten Bereichen wie Streumunition, Antipersonenminen sowie biologischen und chemischen Waffen aus. Das aktuelle Anlagereglement ist erst seit dem 1. Januar 2026 in Kraft, weshalb es institutionell fragwürdig wäre, es nach wenigen Monaten wegen eines einzelnen politischen Vorstosses anzupassen. Ein Anlagereglement braucht Verlässlichkeit und Kontinuität. Zudem widerspricht sich das Postulat, wenn es die Investition in Elbit einerseits als nicht entscheidend, andererseits mit einem Beitrag zur Rendite von 400 000 Franken als erheblich bezeichnet. Beginnen wir, einzelne Unternehmen derart herauszugreifen, stellt sich die Frage, wo künftig die Grenze gezogen würde. Der Vergleich mit dem norwegischen Staatsfonds hinkt, da dieser aus Öl- und Gaseinnahmen finanziert wird. Die PKZH verwaltet keine politische Staatsreserve, sondern das Vorsorgevermögen mit einem klaren gesetzlichen Zweck. Entscheidend ist nicht, welche politischen Ausschlüsse ein ausländischer Staatsfonds vornimmt,*

sondern ob die PKZH ihre gesetzlichen und reglementarischen Pflichten gegenüber den Versicherten erfüllt. Die Nachhaltigkeitsstrategie der PKZH hält ausdrücklich fest, dass Massnahmen die erzielbare Rendite im Erwartungswert nicht schmälern sollen. Ein Ausschluss würde aber genau das bedeuten. Es befremdet uns, dass ausgerechnet die SP, die sich als Partei des Mittelstands und der sozialen Sicherheit versteht, die Interessen der Versicherten, Rentnerinnen und Rentner sowie Staatsangestellten einem politischen Anliegen unterordnen will. Die Verantwortung für die konkrete Anlagepolitik gehört dem Fachorgan der PKZH und nicht den Mehrheiten im Gemeinderat, zumal die Folgen tieferer Renditen nicht die Postulanten, sondern die Versicherten tragen würden. Am Schluss geht es nicht um abstraktes Geld, sondern um Vorsorgegelder von Menschen, die ein Arbeitsleben lang Beiträge geleistet haben. Insofern gehört für uns Weltpolitik nicht ins Anlagereglement der PKZH. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Attila Kipfer (SVP): *Die SP will das Anlagereglement der Pensionskasse anpassen, obwohl diese im Jahr 2025 einen Gewinn von mehreren hunderttausend Franken erwirtschaftet hat. Oberstes Ziel jeder Pensionskasse ist es, wie wir von der FDP hörten, Gewinn zu erwirtschaften und ihr Kapital zu vergrössern. Davon profitieren letztlich die Versicherten. Wer ein Leben lang eingezahlt hat, soll mit diesem Kapital etwas anfangen können. Es ist nicht Aufgabe des Rats, der Pensionskasse Vorgaben zu machen; sie soll selbst entscheiden, wie sie ihr Kapital anlegt. Die SVP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab.*

Jane Bailey (SVP): *Obwohl das Postulat allgemein von Firmen spricht, die Kriegsmaterial herstellen, wird es erstaunlich eng auf die israelische Firma Elbit Systems zugeschnitten. Der Kursanstieg wird sofort mit Menschenrechtsverletzungen verknüpft, und man vergleicht munter einen mit Öl- und Gaseinnahmen finanzierten norwegischen Staatsfonds mit einer Zürcher Pensionskasse. Als Kirsche auf dieser absurden Torte folgt dann der Vorwurf mangelhafter Ausschlusskriterien: Fast 400 000 Franken Gewinn und eine Verdreifachung des Aktienkurses gelten den Postulanten offenbar als Beweis für ein Versagen der Kriterien. Elbit produziert u. a. Drohnen, Optik und elektronische Systeme und ist ein Verteidigungskonzern, bei dem sogar der Bund bzw. Armasuisse ein Drohnensystem für 250 Millionen Franken beschafft. Aber die PKZH soll sich aus welchen genauen Gründen nicht am Unternehmen beteiligen? Dass hier das Wort Genozid ohne abschliessendes Urteil des Internationalen Gerichtshofs verwendet wird, ist eine Vorverurteilung. Diese selektive Fixierung auf ausgerechnet ein israelisches Unternehmen, ohne dieselben Massstäbe bei anderen Staaten und Rüstungsunternehmen anzuwenden, hat einen antisemitischen Beigeschmack und ist nichts weiter als ein Versuch, Israel durch die Hintertür zu boykottieren. Es ist eine Frechheit, dass sich der links-grüne Rat ohne jegliche Kompetenz in einen geschäftspolitischen Entscheid der Pensionskasse einmischt.*

Samuel Balsiger (SVP): *Ich kann belegen, dass es hier einen antisemitischen Unterton gibt und dass es Ihnen gar nicht um die Anlagestrategie der Pensionskasse geht. Bei der Anlagekategorie «Unternehmensanleihen Global (ex CHF)» der PKZH sind Ende 2024 3,08 Milliarden Franken investiert, fast 14 Prozent des gesamten Anlagevermögens. Darunter fallen Rüstungs- und amerikanische Konzerne wie bspw. BlackRock Inc. oder die Firma Pimco LLC, die in Israel Rüstungsgüter finanziert. Das schliessen Sie alles nicht aus, denn 3,08 Milliarden können Sie nicht einfach aus der Pensionskasse herausnehmen. Aber wenn es um ein paar Millionen Franken geht, die direkt auf Israel gerichtet sind, dann ist der Skandal gefunden. Das ist der Beweis, dass es Ihnen nicht um die Sache geht. Sonst würden Sie auch die 3,08 Milliarden angehen, aber das würde ein Loch hineinreissen, das Sie sich nicht leisten können. Sie können Antisemitismus nicht bekämpfen, ohne im gleichen Atemzug andere Formen der Diskriminierung zu benennen. Aber das tun Sie hier nicht, weil Sie ein Problem mit Israel haben. Seien Sie doch ehrlich.*

Tom Cassee (SP) hält eine persönliche Erklärung zu Antisemitismus.

Jane Bailey (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur persönlichen Erklärung von Tom Cassee (SP).

Moritz Bögli (AL): *Die pauschalen Vorwürfe, insbesondere von der SVP, finden wir beschämend, zumal einem der wenigen jüdischen Ratsmitglieder ein antisemitischer Vorstoss unterstellt wird. Die Reaktionen von rechter Ratsseite zeigen aber vor allem, dass dort Profit höher als alles andere gewichtet wird. Ich bin überzeugt, dass die Versicherten der PKZH das so nicht unterschreiben würden. Schliesslich geht es auch um eine kollektive Verantwortung, die wir gegenüber der Bevölkerung sowie den Menschen haben, die unter diesen Waffen leiden. Die Fokussierung auf Elbit hat angesichts des von namhaften Menschenrechtsorganisationen und der UNO anerkannten Genozids eine gewisse Berechtigung. Dass man da ein Problem mit dem israelischen Staat hat, ist naheliegend. Wir sind aber klar dafür, das Anliegen auch auf andere Positionen der PKZH auszudehnen: etwa auf die Rheinmetall AG, deren Waffen weltweit in zivilen Massakern eingesetzt werden, auf den amerikanischen Lieferanten Curtiss-Wright Corporation, auf Hanwha Aerospace Co. Ltd., das in Korea Streumunition herstellt, sowie auf Palantir Technologies Inc., das den Überwachungskapitalismus vorantreibt. Ich glaube nicht, dass es im Interesse unserer Angestellten und Rentner*innen ist, dass dieses Kapital aus Unternehmen stammt, bei denen man versucht, möglichst viel Profit zu erwirtschaften, nur um ein paar Franken Rente mehr zu erzielen. Das ist weder im Interesse der Versicherten noch der Arbeitgebervertretung, also letztlich auch nicht der Stadt. Das ist wichtig anzuerkennen. Die Stadt Zürich setzt sich seit Jahrzehnten für Menschenrechte ein, und es ist nur folgerichtig, dass sie diesen Anspruch auch als Arbeitgeberin über die Pensionskasse einlöst. Mit der Antisemitismus-Keule zu schwingen, offenbart schlicht, dass Ihnen diese Diskussion, vor allem aber Ihre Beweggründe unangenehm sind: Wenn Profit höher gewichtet wird als das Leid getöteter Kinder, ist das eine moralische Bankrotterklärung. Wer möchte denn damit Geld verdienen? Die AL-Fraktion unterstützt den Vorstoss.*

Selina Frey (GLP): *Nachhaltige Anlagen sind für die GLP ein zentrales Anliegen. Die PKZH soll verantwortungsvoll nach klaren institutionellen Regeln investieren, wie sie etwa mit den UN Global Compact-Regeln und Stewardship-Initiativen wie Advance bereits bestehen. Der Knackpunkt liegt für uns nicht im Einzelkriterium, sondern in der Frage, was bei lückenhafter Datengrundlage geschieht, wie sie sich bei Sustainalytics zeigt. Die GLP-Fraktion gibt die Stimme frei – weil wir zwar denselben Grundsatz vertreten, aber zu unterschiedlichen Schlüssen kommen. Wer bei uns Nein stimmt, sieht eine mögliche Datenlücke, die durch eine unabhängige Zweitprüfung geschlossen werden muss, die systematisch für alle Fälle vergleichbar und institutionalisiert umgesetzt wird. Es soll nicht Aufgabe des Gemeinderats sein, einzelne Unternehmen herauszugreifen und über deren Ausschluss zu bestimmen. Wer bei uns Ja stimmt, sieht im Postulat zunächst einen Prüfauftrag, der dem Stadtrat genügend Spielraum lässt, um die Datengrundlage im bestehenden System zu hinterfragen. Er kann prüfen, was man besser machen könnte, selbst wenn dies nicht direkt im Postulatstext gefordert wird. Vielen Kolleginnen und Kollegen mit einem Ja-Votum ist es zudem wichtig, trotz der Einzelfallthematik ein politisches Zeichen zu setzen. Über das Ziel – gute Regeln brauchen gute Daten – sind wir uns also einig, unterschiedlich beurteilen wir nur den Weg dorthin.*

Lara Can (SP): *Der Vorwurf, wir würden uns einseitig auf Elbit fokussieren und andere menschenrechtlich problematische Beteiligungen der PKZH ignorieren, ist schlicht falsch. Nachforschungen des Recherchekollektivs WAV und unsere eigene Auswertung von über 30 000 Anlagepositionen der PKZH im letzten Jahr zeichneten ein erschreckendes Bild, worauf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2025/87 entstand. Darin fragten Dominik Waser (Grüne) und ich nach den Unternehmen CAE Inc. und KBR Inc., die die Hälfte ihrer Umsätze mit der Waffenherstellung erzielen, sowie nach Leonardo DRS Inc., dessen Mutterunternehmen Leonardo S.p.A. mit 25 Prozent an MBDA S.A.S. beteiligt ist, dem Hauptauftragnehmer für Nuklearraketen des französischen Arsenals. Tom Cassee (SP) hat es ganz klar gesagt: Elbit Systems ist leider eines der deutlichsten Beispiele dafür, dass die Ausschlusskriterien der PKZ zu wenig griffig sind. Die PKZH hat primär die Aufgabe, das Geld der städtischen Angestellten sicher und sinnvoll zu verwalten. Ich bin überzeugt, dass die Versicherten diesen Anlagen bei einem Mitspracherecht nicht zustimmen würden. Auch für uns, Kolleginnen und Kollegen, wird die Frage nach den Anlagen der PKZH bald von einer abstrakten zu einer ganz persönlichen Diskussion: Wird die neue Entschädigungsverordnung angenommen, landet auch unser Geld bei der PKZH. Darum fragen wir uns doch vor der Abstimmung: Wollen wir wirklich im Wissen in unsere Pension starten, dass das Pensionsgeld an Kriegen dieser Welt beteiligt war und einen Genozid mitfinanziert hat? Ich will das nicht. Ich will meine Pension wohlwissentlich antreten, dass ich mich für eine friedliche, gerechte und nachhaltige Welt eingesetzt habe.*

Yves Henz (Grüne): *Stellen wir uns eine Pflegefachfrau vor, die im Triemli dreissig Jahre lang Nachtschicht um Nachtschicht gearbeitet und jeden Monat ein Stück ihres Lohns in die PKZH gesteckt hat. Das ist ihre Versicherung für die Zukunft. Und genau dieses Geld wird jetzt in Waffenfirmen investiert, die nachweislich an schwersten Kriegsverbrechen beteiligt sind, wie es die UNO-Untersuchungskommission am 16. September 2025 für Palästina als Genozid festgehalten hat. Eine Rüstungsaktie steigt nicht*

durch Frieden, sondern weil Drohnen fliegen und Munition verschossen wird. Der Gewinn von Elbit Systems wird also mit Menschenleben bezahlt. Auch die Schweiz hat die Völkermordkonvention unterschrieben und der Internationale Gerichtshof hat klargestellt: Wer von einem ernsthaften Risiko weiss, hat die Pflicht, einen Genozid zu verhindern. Das gilt für jeden, der Einfluss nehmen kann. Ich kenne die Einwände, die kommen werden: Wir machten hier Aussenpolitik. Nein, es geht um Geld, das hier in Zürich hart erarbeitet wurde, nicht um Geld aus Bern, New York oder Nairobi. Der zweite Einwand: Die PKZH müsse Rendite erzielen. Das Reglement schliesst bereits Streumunition, Personenminen, ABC-Waffen und Kohle aus – hat das je jemandes Rente gefährdet? Die Frage ist also nicht, ob eine Grenze gezogen wird, sondern wo. Wenn Sie nicht einmal bei einem gerichtlich bestätigten Genozid eine Grenze ziehen können, wo dann? Der dritte Einwand: Man könnte sich im Unternehmen engagieren. Wofür wollen Sie sich bei einem Rüstungskonzern engagieren? Dass die Waffe etwas nachhaltiger tötet? Es gibt keine klimaneutrale Rakete. Die Pflegefachfrau im Triemli hat nie zugestimmt, dass ihre Rente so verdient wird. Wir können heute dafür sorgen, dass dies nicht im Namen der Stadt Zürich geschieht.

Severin Meier (SP): *Als Jean Ziegler im Jahr 1964 Che Guevara fragte, wie er am revolutionären Kampf mitwirken könne, soll dieser geantwortet haben, dass er in der Schweiz bereits am richtigen Ort, nämlich im Hirn des Monsters sei. Wenn ich mir die Diskussion anhöre, fühle ich mich tatsächlich im Hirn des Monsters: Die FDP und SVP argumentieren, ein Gewinn von 400 000 Franken rechtfertige den Rest. Das zeigt, wie sehr wir das eigentliche Anliegen aus den Augen verlieren. Das Postulat verlangt entgegen dem Eindruck nicht den Ausschluss aller Firmen, die in Kriegsmaterial investieren, sondern nur solcher, deren Material für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen verwendet wird. Damit ist es eng gefasst. Auf nationaler Ebene sieht das Kriegsmaterialgesetz, über dessen Revision wir im November 2026 abstimmen, bereits vor, dass an Staaten, die die Menschenrechte systematisch oder schwerwiegend verletzen, kein Kriegsmaterial exportiert werden darf. Eine Regel, die seinerzeit auch von GLP und FDP mitgetragen wurde. Es gibt keinen ethischen Unterschied zwischen einem Exportverbot mit Geldverdienst durch Kriegsmaterial und einer Investition mit demselben Zweck. Ausser dass man im zweiten Fall das Geldverdienen offenbar höher gewichtet. Die Stimmfreigabe der GLP und die Haltung der FDP, die dem Kriegsmaterialgesetz seinerzeit zugestimmt hat, überraschen mich daher. Hier geht es darum zu prüfen, ob wir es besser machen können.*

Stefan Urech (SVP): *Ich entschuldige mich – nur – für meinen Zwischenruf. Wir müssen uns von dieser Ratshälfte regelmässig als Faschisten, Rassisten oder homophob bezeichnen lassen. Heute wurde uns vorgeworfen, wir würden Profit über Kinderleben stellen und die Menschlichkeit verhöhnen. Wenn von unserer Seite der Vorwurf kommt, der Vorstoss habe einen antisemitischen Beigeschmack, wird mit rechtlichen Schritten gedroht. Das ist lächerlich. Wenn dieselben Parteien, die einen Vorstoss zu 350 000 Franken Zürcher Steuergeldern eingereicht haben, die über Umwege an die terroristische Organisation Hamas fliessen, nun einen israelischen Verteidigungskonzern kritisieren und fordern, ihm das Geld wegzunehmen oder ihn nicht mitzufinanzieren, dann hat das ein*

antisemitisches Geschmäckchen. Diese Kritik richtet sich nicht gegen eine bestimmte israelische Regierung, sondern gegen einen Konzern, der die Existenz des jüdischen Staats durch Selbstverteidigung absichert. Darüber sind sich Links und Rechts in Israel weitgehend einig. Den Vorwurf des Genozids gegen Israel weise ich entschieden zurück.

Martin Busekros (Grüne): *Dass 400 000 Franken Gewinn auf 23 Milliarden Anlagevermögen von der Partei der Buchhalter und Banker – ich meine das nicht abschätzig – als bedeutend dargestellt werden, zeigt aus unserer Sicht mangelnde Moral und nicht mangelndes Verständnis, Jane Bailey (SVP). Die Grünen haben auf nationaler Ebene eine Initiative lanciert, wonach keine Pensionskasse mehr in solche Firmen investieren soll. Dies wurde schweizweit zwar abgelehnt, in der Stadt Zürich aber mit 60 Prozent angenommen. Das eigentliche Problem liegt im Pensionskassensystem selbst, das alle zu kleinen Kapitalisten macht und rechtfertigt, dass man über ein Erwerbsleben hinweg auch an einem Genozid mitverdient. Mit der Überweisung dieses Postulats ist dieses grundsätzliche Problem nicht gelöst. Daran müssen wir weiterarbeiten.*

Serap Kahriman (GLP): *Wer in unserer Fraktion Nein stimmt, Severin Meier (SP), verkennt die Problematik nicht, sondern wünscht sich, wie von Selina Frey (GLP) ausgeführt, eine andere Vorgehensweise und hält das Postulat dafür nicht für geeignet.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *In dieser von harten gegenseitigen Vorwürfen geprägten Debatte zur «Lex Elbit» stellt sich für mich die Frage, ob die Höhe des Gewinns oder die Zahl betroffener Unternehmen überhaupt entscheidend ist. Ethisch ist die Stossrichtung nachvollziehbar, doch stellt sich die Frage, wie Yves Henz (Grüne) richtig einwendet, wo wir die Grenze ziehen. Schliessen wir auch die Rheinmetall AG aus, sollte dessen Material einmal in einer aussichtslosen Verteidigungssituation der Ukraine zweckentfremdet eingesetzt werden? Darin gebe ich Simon Hatt (FDP) recht, dass Verhältnismässigkeit gewahrt werden muss. Ich sehe keine Notwendigkeit für eigene Zürcher Standards anstelle der bestehenden UNO-Kriterien, wie das sonst oft beim Züri-Finish der Fall ist. Eine Einschränkung der Diversifikation kann zudem die Rendite senken, was in der Folge den Druck auf den Immobilienmarkt und die Mietpreise erhöhen würde. Wenn ihr wirklich etwas gegen unnötige Kriege unternehmen wollt, dann geht nach Moskau, dort seid ihr richtig. Die Fraktion Die Mitte lehnt das Postulat mit Überzeugung ab.*

Martina Zürcher (FDP): *Heute geht es nicht um das Kriegsmaterialgesetz, sondern um die Pensionskasse der Stadt Zürich. Das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) bildet den gesetzlichen Rahmen für die PKZH. Es sieht einen Stiftungsrat aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretenden vor, wobei die Arbeitnehmervertretung von den Versicherten gewählt wird. Genau dort und nicht im Zürcher Gemeinderat sollen politische Anliegen eingebracht werden. Andere öffentliche Kassen setzen dies mit dem Ausschluss von Exekutivpolitikerinnen und -politikern aus ihren Stiftungsräten bereits konsequent um. Die Mitglieder des Stiftungsrats haften gemäss Artikel 52 BVG persönlich für Schäden, die sie der Vorsorgeeinrichtung absichtlich oder fahrlässig zufügen. Daher können sie nicht nach Belieben entscheiden. Profit und*

Rendite sind zudem nicht dasselbe: Profit ist der Gewinn nach Abzug aller Kosten, Rendite der prozentuale Erfolg auf dem eingesetzten Kapital. Rendite braucht es, weil bei einem Umwandlungssatz von 6,8 Prozent das Altersguthaben rechnerisch für 14,7 Jahre reicht. Da Frauen nach der Pensionierung mit 65 Jahren aber im Schnitt noch rund 23 Jahre leben, würde das Guthaben ohne ausreichende Rendite nicht reichen. Genau dafür ist die Pensionskasse mit ihrem Anlagereglement da: Damit eine Rendite erwirtschaftet wird und die ehemaligen Mitarbeitenden bis zum Lebensende Rente erhalten.

Sophie Blaser (AL): *Aus unserer Sicht ist es das Mindeste, künftig keine Gelder mehr in Unternehmen zu investieren, die Kriegsmaterial für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen herstellen. Das ist nicht mehr und nicht weniger, als die drei Postulant*innen fordern. Wenn hier von Renditen und global ausgehandelten ethischen Grundsätzen die Rede ist, wird vergessen, dass auch solche Aushandlungen nicht über der Politik stehen. Die Mehrheiten sind vielleicht andere. Ihre Voten erinnern mich an die Kunstfigur Dr. Alois Stocher, der einst mit zynischen Argumenten wie jenem Kindersoldaten bräuchten Waffen, um nicht zu verhungern, Kriegsmaterialexporte satirisch infrage stellte. Genau diese Logik höre ich heute von der bürgerlichen Seite. Wer wie Samuel Balsiger (SVP) die Angestellten des Service public in anderen Debatten als überbezahlt oder verzichtbar bezeichnet, kann sich hier nicht plötzlich um deren Rendite sorgen. Man kann den Menschen in dieser Stadt auch nicht erklären, dass ihre Rente von Menschenrechtsverletzungen abhänge, Martina Zürcher (FDP). Auch die Die Mitte müsste sich das vielleicht nochmals überlegen: Was soll man bei ein paar Menschenrechtsverletzungen denn machen? Es geht nicht um ein Recht auf Gewinn, sondern darum, keinen Gewinn mit dem Leid und Tod von Menschen zu erzielen. Wir sind froh, dass das Postulat überwiesen wird.*

Martina Zürcher (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Sophie Blaser (AL).

Tom Cassee (SP): *Zur Bemerkung von Benedikt Gerth (Die Mitte), man solle nach Moskau gehen: Unsere Partei war die erste, die nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine Sanktionen gefordert hat. Zu den mehrfach genannten Zahlen: 400 000 Franken Gewinn entsprechen bei einem Gesamtvolumen von 23 Milliarden Franken lediglich 0,0017 Prozent. Ein Effekt auf die Pensionskassenrendite oder gar auf den städtischen Immobilienmarkt ist damit nicht ernsthaft zu erwarten. Auch das Diversifikationsargument ist vorgeschoben, Martina Zürcher (FDP), da die PKZH bereits rund 300 Firmen aus guten Gründen ausschliesst und eine Erweiterung auf 305 oder 310 Firmen kein grundsätzliches Problem darstellen kann. Mir liegt der Kampf gegen Antisemitismus auch aus familiären Gründen sehr am Herzen. Ich befürchte, dass es diesem Begriff schadet, wenn er – wie von Stefan Urech (SVP) – offenbar auch als Retourkutsche für andere Vorwürfe verwendet wird. Denn dadurch verliert er seine Wirkung.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen. Ich und meine Kollegin*

STR Céline Widmer sind zwei von achtzehn Vertretern im Stiftungsrat. Nach dieser hochemotionalen Debatte muss ich sagen: Der Stiftungsrat muss sich an die Regeln halten. Man kann aber in der Anlagestrategie gewisse Ausnahmen und Regeln definieren, da bin ich ganz bei Ihnen. Als ich neu in die Pensionskasse kam, wurde mir mit Blick auf die Nachhaltigkeitsanpassungen allerdings von der Arbeitnehmerseite gesagt, dass dies die Rendite gefährden könnte. Das ist aber schon einige Jahre her. Der Stadtrat entscheidet das nicht allein, sondern die Anlagekommission, die mit einem Pensum von 20 Prozent sehr viel Zeit dafür investiert. Dass da mal eine Firma durchrutscht oder sich etwas entwickelt, kann vorkommen und darf durchaus Anlass sein, hinzuschauen. Tom Cassee (SP) hat sich zu den Zahlen informiert. Mein letzter Stand waren 1,1 Millionen Franken, das entspricht 0,005 Prozent des ganzen Anlagevolumens. Wir nehmen das auf jeden Fall mit, die Diskussion ist angestossen. Der Stiftungsrat hat sich schon damit befasst und wird es vertiefen. Wie es dann herauskommt, kann ich nicht vorwegnehmen. Noch ein Punkt zu Martina Zürcher (FDP), die vieles korrekt gesagt hat. Die PKZH ist aber eine umhüllende Kasse und bietet deutlich mehr als den gesetzlichen Mindestumwandlungssatz. Ich hoffe, dass ich einen sachlichen Beitrag zur Debatte leisten konnte.

Attila Kipfer (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Debatte.

Das Postulat wird mit 65 gegen 48 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Sophie Blaser (AL) hält eine persönliche Erklärung zur Debattenführung und der persönlichen Erklärung von Attila Kipfer (SVP).

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat